



Mehr Technologiefreiheit wagen

26.01.2023 20:46

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An g.priesmeier@t-online.de <g.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)

freibrief



Liebe Gabriele Priesmeier,

wenn wir die Chancen bahnbrechender Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung nutzen wollen, müssen wir konsequent auf **Technologiefreiheit** setzen. Dieses Prinzip wollen wir in Deutschland gesetzlich verankern.

Wir brauchen einen Infrastrukturturbo. Daher begrüßen wir den Vorstoß von Justizminister Dr. Marco Buschmann zur **Beschleunigung verwaltungsgerechtlicher Verfahren** im Infrastrukturbereich.

In Deutschland fehlen hunderttausende Arbeitskräfte. Wir sind überzeugt: Bessere Aus- und Weiterbildung und mehr geordnete Zuwanderung sind Schlüsselemente einer **umfassenden Fachkräftestrategie**.

Die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine müssen strafrechtlich geahndet werden. Wenn der Internationale Strafgerichtshof nicht vollumfänglich tätig werden kann, sind wir offen für ein **Sondertribunal**.

THEME
N

MELDUNGE
N

STELLENAUSSCHREIBUN
GEN

TERMIN
E



Technologieoffen in die Zukunft

Herausfordernde Zeiten brauchen innovative Lösungen. Wir glauben an Fortschritt durch technologische Innovationen. Doch viel zu oft werden vielversprechende Technologien durch politische Verbote gehemmt. „In der Vergangenheit haben wir uns in Deutschland viele Chancen verbaut, weil wir die Risiken neuer Technologien überbetont und die Chancen kleingeredet haben“, erklärt FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Das wollen wir Freie Demokraten ändern. Denn nur mit Technologiefreiheit bleiben wir dauerhaft zukunftsfähig. Dass dieses Prinzip in Deutschland gesetzlich verankert werden soll, hat das Präsidium der FDP in dieser Woche beschlossen.

Ob bei Kernfusion, E-Fuels, CO₂-Speicherung, Gentechnik oder Künstlicher Intelligenz – wir wollen Zukunftstechnologien gezielt fördern und einen technologiefreundlichen Rechtsrahmen für deren Entwicklung und Anwendung in Deutschland und Europa schaffen. Technologiefreiheit ist der Schlüssel für eine gelingende Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Mit E-Fuels auf Basis von grünem Wasserstoff können Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor klimaneutral betankt werden. CCS eröffnet die Möglichkeit, CO₂ aus der Luft einzufangen und unterirdisch zu speichern. Die Kernfusion hat das Potenzial, saubere Energie sicher zu erzeugen. Mit der Genschere CRISPR/Cas9 kann die Resilienz von Pflanzen gegen Schädlinge, Hitze und Dürre verbessert und die globale Ernährung gesichert werden.

„Es ist wichtig, dass wir auf Wissenschaft, Forschung und Technologien setzen. Im Bericht des Weltklimarates lese ich nicht, dass man sich auf Straßen festkleben soll. Dort lese ich, dass man neue Technologien nutzen soll“, brachte es Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger bei der Vorstellung des FDP-Beschlusses auf den Punkt. Dafür wollen wir unsere Regierungsverantwortung nutzen. „Bei Zukunftstechnologien dürfen wir uns nicht länger von anderen Ländern abhängen lassen“, so Stark-Watzinger. Für eine kurz- und mittelfristig gesicherte Versorgung mit bezahlbarer Energie wollen wir eine Expertenkommission über die weitere Nutzung der Kernenergie nach April 2023 entscheiden lassen. Darüber hinaus wollen wir das Verbot der Schiefergasförderung in Deutschland aufheben.

- Zum Anschauen: Pressekonferenz mit Bijan Djir-Sarai und Bettina Stark-Watzinger zu Technologiefreiheit ([YouTube](#))
- Zum Nachlesen: Beschluss des FDP-Präsidiums „Technologieoffen in die Zukunft“ ([fdp.de](#))
- Zum Verbreiten: Argumentepapier zur Technologiefreiheit ([fdp.de](#))

► [Mehr](#)

Planungsturbo: Die Zukunft wartet nicht auf uns

3

9

FDP-Präsidiumsmitglied und Verkehrsminister Dr. Volker Wissing will dafür sorgen, dass nicht nur das Schienennetz modernisiert wird, sondern auch die Straßen ausgebaut werden. Denn: „Wenn wir auf der Straße nicht ähnliche Zustände wie gerade bei der Schiene erleben wollen, müssen wir auch hier jetzt dringend gegensteuern.“ Um Planungsverfahren zu beschleunigen, soll der Ausbau von Straßen und Autobahnen künftig in einem überragenden öffentlichen Interesse liegen. Der Gesetzentwurf von Justizminister Dr. Marco Buschmann „zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich“ ist bereits ein erster wichtiger Schritt für einen Infrastrukturturbo. Das Gesetz soll Verwaltungsgerichten ermöglichen, wichtige Projekte zu priorisieren, Verfahren zu beschleunigen und schnelle erste Gerichtstermine anzusetzen. Buschmann sagte bei der Einbringung seines Entwurfs in den Bundestag: „Wir müssen Straßen, Brücken und die Schiene ertüchtigen.“ Planungs- und Genehmigungsverfahren dauerten – auch im internationalen Vergleich – noch viel zu lange. „Die Zukunft wartet nicht auf uns“, mahnte der Justizminister.

► Mehr

Dem Fachkräftemangel entgegentreten



Am vergangenen Freitag hat der Deutsche Bundestag erstmals über die Fachkräftestrategie der Bundesregierung beraten. „Wenn wir eine ökonomische Zeitenwende einleiten wollen, müssen wir auch endlich dem Fachkräftemangel entgegentreten. Mit der neuen Fachkräftestrategie gehen wir die zentralen Stellschrauben Ausbildung, Weiterbildung und qualifizierte Einwanderung an“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Ein zentraler Aspekt ist die Neuausrichtung der Migrationspolitik. Um mehr gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und irreguläre Migration zu reduzieren, hat die Regierungskoalition Joachim Stamp als Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen berufen. Neben einem modernen Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wollen wir zudem für bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sorgen. Dabei ist die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung unter Federführung von Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger ist ein wichtiger Baustein, um die Berufsausbildung moderner und attraktiver zu machen.

► [Mehr](#)

**Russische
Kriegsverbrechen
effektiv verfolgen**

•

•

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt einen der schlimmsten Brüche des modernen Völkerrechts dar. Mit dem jüngsten Beschluss des FDP-Bundesvorstands geben wir darauf eine liberale Antwort. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist für uns der primäre Ort für die Verfolgung von Kriegsverbrechen durch die internationale Gemeinschaft. Mit Blick auf die Ahndung des Verbrechens der Aggression sind dem Internationalen Strafgerichtshof derzeit jedoch rechtlich die Hände gebunden. Wir sprechen uns dafür aus, die Zuständigkeit des IStGH auf das Verbrechen der Aggression zu erweitern. Bis zu einer solchen Statutsänderung lässt sich eine Straflosigkeit des Angriffskriegs nur dann verhindern, wenn ein Verfahren vor einem anderen Gericht erfolgt. Wir sind offen für die Einrichtung eines unabhängigen Sondertribunals mit internationalen Richterinnen und Richtern. FDP-Präsidiumsmitglied und EP-Vizepräsidentin Nicola Beer erklärt: „Die Greuelthaten der russischen Angreifer dürfen uns nicht lähmen. Wir brauchen internationale Justiz mit Vollstreckung. Europa muss sich hier an die Spitze setzen und die Gründung eines Sondertribunals vorantreiben.“

- Zum Nachlesen: Beschluss des FDP-Bundesvorstandes zur Ahndung des russischen Angriffskriegs ([fdp.de](#))
- Zum Verbreiten: Argumentepapier zum Thema ([fdp.de](#))

► Mehr

- [Artikel: Es braucht klare Impulse für mehr Wettbewerbsfähigkeit](#)
- [Artikel: Ein Neustart für die Globalisierung](#)
- [Artikel: FDP legt 12-Punkte-Plan im Kampf gegen Clankriminalität vor](#)
- [Argumentepapier: Für einen starken Rechtsstaat gegen Clankriminalität](#)
- [Podcast: #5 CL+ mit Ahmad Mansour](#)

Berlin-Wahl: Ihre Unterstützung zählt!



Wählen wir neu.

Berlin ist eine großartige Stadt, aber sie wird seit Jahrzehnten unter Wert regiert. Mit der Wahlwiederholung hat Berlin die Chance auf einen historischen Wandel. Die Chance auf eine Reformkoalition aus der Mitte für

die Mitte. Wenn wir das Gemeinsame suchen und einen breiten Konsens herstellen, können wir die großen Herausforderungen unserer Stadt angehen und die Zukunft gestalten. Mit einer Verkehrspolitik für Berlin – und nicht gegen das Auto. Mit mehr Wohnungsbau, damit das Angebot in der gesamten Stadt und für jeden Geldbeutel wächst. Mit bester schulischer und beruflicher Bildung. Mit einer Wirtschaftspolitik, die offen ist für Handwerk, kleine und mittlere Betriebe. Und mit einer funktionierenden, einstufigen und digitalen Verwaltung. Werden wir Hauptstadt der genutzten Chancen.

- Jetzt unterstützen: Verbreiten Sie das [interaktive Kurzwahlprogramm](#) und das [Kampagnenvideo](#) der FDP-Berlin!

► [Mehr](#)

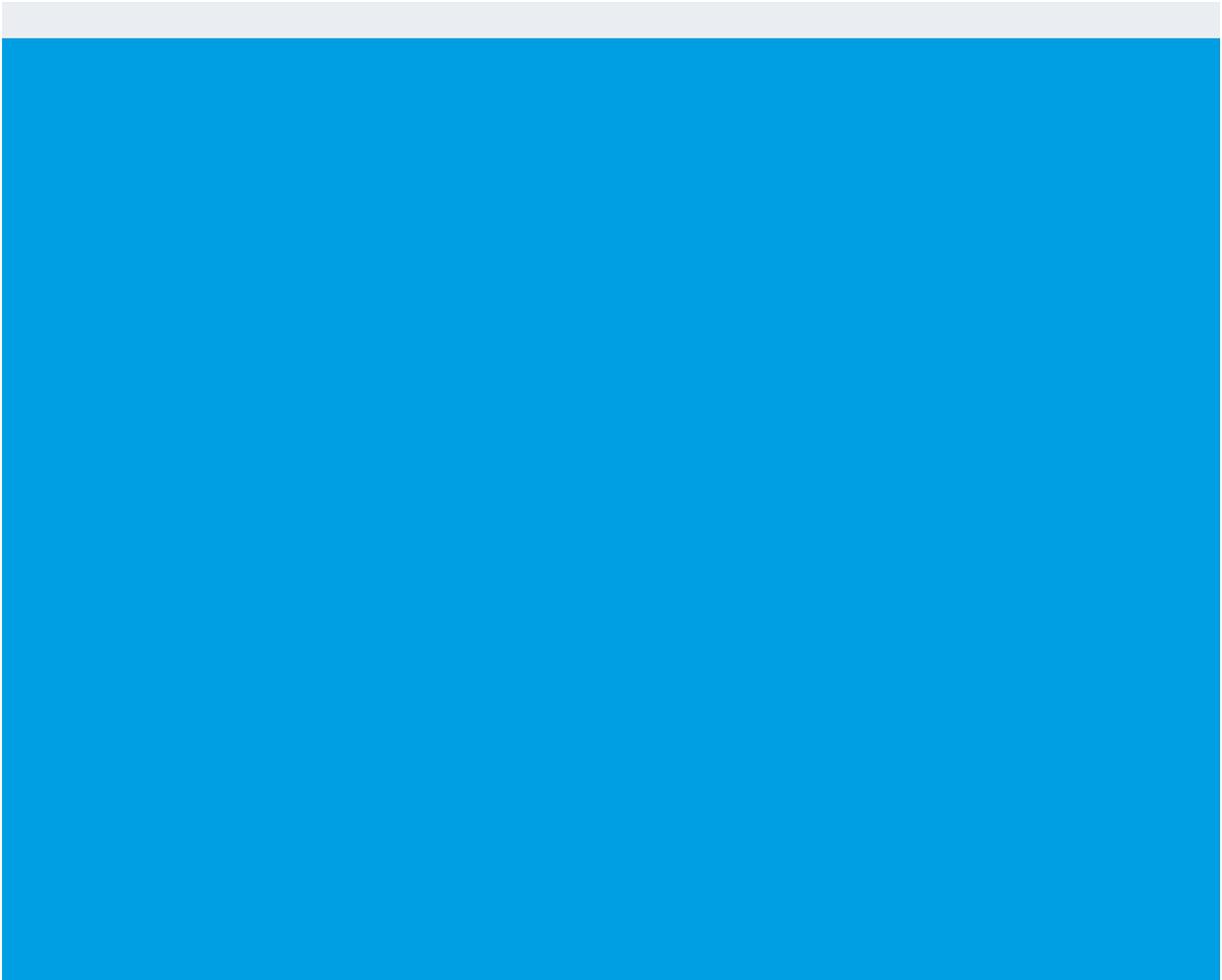
FDP NRW: Neuer Landesvorstand gewählt



Auf ihrem 76. Ordentlichen Landesparteitag in Bielefeld haben die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landesvorstand gewählt. Als Nachfolger von Joachim Stamp wurde Henning Höne

gewählt, der zugleich FDP-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag ist. „Das Handeln der Freien Demokraten muss von Zukunftsoptimismus und Mut geprägt sein“, so die Botschaft aus der Bewerbungsrede des neuen Landesvorsitzenden. Die Freien Demokraten seien der klarste Kontrast zu denen, „die sagen, dass früher alles besser war“. Im Amt bestätigt wurde Moritz Körner als Generalsekretär der Freien Demokraten in NRW. Als stellvertretende Vorsitzende wählte der Parteitag Nicole Westig, Michael Terwiesche und Katrin Helling-Plahr. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt Christoph Dammermann.

► [Mehr](#)



Die FDP-Bundesgeschäftsstelle sucht:

- Mitarbeiter/-in Gremienbetreuung (w/m/d) als Elternzeitvertretung

Die FDP Brandenburg sucht:

- Mitarbeiter/-in in der Landesgeschäftsstelle (w/m/d)

Die FDP-Fraktion in Frankfurt sucht:

- Referent/-in für Kommunalpolitik (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern sucht:

- Assistent/-in der Geschäftsführung (w/m/d)
- Bürosachbearbeiter/-in Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V (w/m/d)
- Referent/-in für die Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)
- Referent/-in für das Sekretariat der Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Rheinland-Pfalz sucht:

- Jurist/-in für den Bereich Inneres, Sport, Landesplanung und Recht (w/m/d)

Das Büro der EP-Vizepräsidentin Nicola Beer sucht:

- Referent/-in für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (w/m/d)

Die Jungen Liberalen suchen:

- Office Administration (w/m/d)
- Referent/-in für Finanzen (w/m/d)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sucht:

- Controller/-in für das Zentrale Finanzcontrolling (w/m/d)
- Leiter/-in Facility Management (w/m/d)
- Referent/-in Strategisches Controlling und Organisationsentwicklung (w/m/d)
- Sachbearbeiter/-in Hauptstadtbüro/Bundesprogramm/Netzwerkmanagement (w/m/d)

Stellenausschreibungen der **FDP-Bundestagsfraktion** finden Sie hier.

Termine

- Abgeordnetenhauswahl in Berlin 📅 12.02.2023
- Politischer Aschermittwoch der FDP Bayern 📅 22.02.2023 | Dingolfing
- Landesparteitag der FDP Niedersachsen 📅 11.03.2023 | Hildesheim
- Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz 📅 11.03.2023 | Mainz
- 83. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern 📅 18.03.2023 | Ingolstadt
- Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein 📅 18.03.2023 | Neumünster

Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: freibrief@fdp.de, Internet: www.fdp.de

Verantwortlich: Michael Zimmermann, Bundesgeschäftsführer